

# Was war der Prager Frühling?

Von Jan Pauer

Den unpolitischen Namen »Prager Frühling« erhielt das tschechoslowakische Reformexperiment in den Medien nach dem jährlich stattfindenden gleichnamigen Musikfestival. Er dauerte nur acht Monate. Was im Jänner 1968 mit der Ablösung Antonín Novotnýs als Erstem Sekretär der *Kommunistischen Partei der ČSSR* (KPC) als bloßer Führungswechsel begann, wurde unter seinem Nachfolger, dem unbekannten slowakischen Kommunisten Alexander Dubček, rasch zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung. Die Hoffnungen auf einen modernen demokratischen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« wurden am 21. August 1968 unter Panzerketten begraben. Innerhalb von nur dreißig Jahren erlebte die Tschechoslowakei ihre zweite Okkupation – diesmal aus dem Osten. In der größten militärischen Aktion im Nachkriegseuropa und der einzigen militärischen Intervention des ehemaligen Warschauer Paktes (unter Ausgrenzung Rumäniens) besetzte eine halbe Million Soldaten das Land, um es vor der »antisozialistischen Konterrevolution« zu retten. Die Partei- und Staatsführung wurde verhaftet und außer Landes verschleppt. Am 26. August unterschrieben im Kreml die Reformer – mehr Geiseln als Vertreter eines Staates – ein Geheimprotokoll, das einem politischen Diktat gleichkam und die Restauration alter politischer Verhältnisse einleitete. Es dauerte noch ein weiteres Jahr, bis die neue Parteiführung unter Gustav Husák im August 1969 die eigene Polizei und Panzer gegen tschechische und slowakische Demonstranten schickte und die letzten Freiheiten in Eigenregie erstickte. Eine zweite Sowjetisierungswelle rollte unter dem Namen der »Normalisierungspolitik« durch das Land und verwandelte es für weitere zwanzig Jahre in eines der repressivsten neostalinistischen Regime Osteuropas.

Der »Prager Frühling« 1968 war der erste friedliche Reformversuch »von oben«, der

im ehemaligen Ostblock eine Transformation des gesamten Systems einleitete. Seine Besonderheit besteht darin, daß er kein bloßes »Taufwetter« blieb wie in der Sowjetunion nach 1956, nicht im Keim erstickt wurde wie die radikale ungarische Revolution 1956, und keine bürgerkriegsähnliche Spaltung zwischen der Gesellschaft und dem kommunistisch beherrschten Staats-, Militär- und Polizeiapparat hervorbrachte wie in Polen 1980/81. Im Unterschied zu diesen Reformversuchen kam es hier zu einer Wechselbeziehung zwischen dem siegreichen Reformflügel der Partei und einer entstehenden Zivilgesellschaft, die sich in der unabhängigen Öffentlichkeit äußerte. Der »Prager Frühling« war kein antikomunistischer Aufstand. Vielmehr sprengte er mit seinen Intentionen die Schemata des Kalten Krieges. Er war insofern eher ein Vorläufer der Gorbatschowschen Perestrojka als ein Nachfolger der ungarischen Revolution.

## Ursprünge der Reformbewegung

In der 1918 gegründeten Tschechoslowakei gab es aufgrund der hohen Industrialisierung eine politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung. In den zwanziger Jahren gehörte die tschechische KP zur zweitstärksten Partei der Komintern und konnte in der Zwischenkriegszeit bei den Parlamentswahlen in der Regel um 10 Prozent der Stimmen erringen. Durch die Weltwirtschaftskrise band sie einen beträchtlichen Teil der Arbeiterschaft an sich und konnte auch Sympathien unter den tschechoslowakischen Intellektuellen und Künstlern verbuchen.

Das Trauma des »Diktats von München« 1938 und die damit einhergehende Enttäuschung vom Westen, die Ernüchterung über die Schwäche der Demokratie der Ersten Republik beim Schutz der staatlichen Souveränität, die Folgen der nationalsozialistischen Okkupation und der Ausgang des

Zweiten Weltkriegs führten zur politischen Neuausrichtung dominierender Kräfte des bürgerlichen Lagers. In der Atmosphäre der politischen und nationalen Vergeltung 1945–47 leitete der damalige Präsident Edvard Beneš eine bewußte »Ostbindung« und slawische Orientierung der tschechoslowakischen Nachkriegspolitik ein, die mit der Anlehnung an die Schutzmacht Sowjetunion verknüpft war. Diese Anlehnung erleichterte den schleichenden Übergang zum kommunistischen Regime. Die weitgehende Befreiung des Landes und der Hauptstadt Prag durch die Rote Armee, die Achtung vor den ungeheuren Opfern der UdSSR im Zweiten Weltkrieg und der Umstand, daß die sowjetischen Truppen sich nach der Befreiung des Landes wieder zurückzogen und die Tschechoslowakei als einziges ostmitteleuropäisches Land unbesetzt blieb, steigerte das Ansehen der Kommunisten. Trotz ihrer Moskautreue konnten sich die Kommunisten als konsequente Verteidiger der nationalen Souveränität präsentieren. Die KPC wurde bei den Wahlen 1946 mit 38 Prozent (im tschechischen Landesteil mit 40 Prozent) zur stärksten Partei im Land. Die parlamentarische Tradition der KPC und der Slogan vom »spezifischen Weg zum Sozialismus« verdeckten nach außen den stalinistischen Kern der Partei. Antikapitalistische Reflexe im Nachkriegseuropa erleichterten auch in der Tschechoslowakei die Verstaatlichung der Großindustrie und Banken. Fast 80 Prozent der Wähler votierten für den Sozialismus. Das Aufkommen des Kalten Krieges und der Spaltung Europas und der Verzicht der Tschechoslowakei auf den Marshallplan 1947 erleichterten den »kurzen Marsch« der KPC an die Macht im Februar 1948.<sup>1</sup>

Der unblutigen Machtergreifung der Kommunisten folgte sofort eine gewaltsame Sowjetisierung des ganzen Landes. Die Zwangsvereinigung der Sozialdemokratie

mit der KPČ, die Aufhebung des Parteienpluralismus, die restlose Verstaatlichung aller Wirtschaftsunternehmen bis hin zu kleinen Gewerbebetrieben und eine rigorose Zwangskollektivierung gingen mit einer breit angelegten politischen Repression einher. Das Land wurde mit Hunderten Arbeits- und Straflagern überzogen und die Justiz in ein Unterdrückungsinstrument verwandelt. Es gab Schauprozesse mit 233 Todesurteilen aus politischen Gründen, rund 250 000 politische Häftlinge, hinzu kommen die dreimal so hohe Zahl sozial und beruflich Verfolgter sowie rund 500 000–750 000 religiös diskriminierter Menschen. Insgesamt wurden während der stalinistischen Periode in der Tschechoslowakei zwei Millionen Personen politisch verfolgt oder diskriminiert. Mit Familienangehörigen waren zwischen sechs und acht Millionen Menschen betroffen, was bei einer Bevölkerung von 14 Millionen eine ungeheure Dimension darstellt. Die vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen mußten beseitigt und die demokratischen Widerstandspotentiale gebrochen werden.

Die KPČ-Führung reagierte auf Nikita Chruščëvs Enthüllungen über die Verbrechen Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU mit Bremsmanövern. Die Niederschlagung der ungarischen Revolution und die Befriedung des polnischen Oktobers 1956 erleichterten es, daß die Entstalinisierung in der Tschechoslowakei ausblieb. Trotz zaghafter Rehabilitierungen und Entlassungen der ersten Opfer der Schauprozesse blieb eine Rehabilitierung der meisten Justizopfer aus. Die aus den Gefängnissen entlassenen Opfer trugen in den sechziger Jahren maßgeblich zu einer Desillusionierung in den Reihen der KPČ bei.

Trotz der Parteisäuberungen und Repressionen der fünfziger Jahre blieb die KPČ mit 1,5 Millionen Mitgliedern eine Massenpartei, in der zehn bis zwölf Prozent der Bevölkerung organisiert waren – fast doppelt soviel wie in Ungarn oder Polen. Dadurch fanden gesellschaftliche Spannungen leichter Eingang in die Machtstrukturen. Auf der Suche nach der Überwindung der Legitimationskrise, die durch die Entstalinisierung in der Sowjetunion ausgelöst worden war, entstand ein ideologischer Modernisierungsbedarf. Dieser wurde im Konzept der »wissenschaftlich-technischen Revolution« gefunden. Nicht mehr der Klassenkampf war die Haupttriebkraft des historischen Fortschritts, sondern das ganze Volk in der Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte trat nun an seine Stelle. Ein Nebeneffekt dieser Ideologie war, daß der

Intelligenz eine größere gesellschaftliche Bedeutung zuerkannt wurde. Empirische Sozialforschung wurde zugelassen und lieferte überzeugende Erkenntnisse über die Systemmängel. Mit Billigung der Parteiführung wurden Forschungsteams eingesetzt, die sich mit den Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Weiterentwicklung des politischen und des Rechtssystems sowie mit einer Wirtschaftsreform beschäftigten.<sup>2</sup> Das extensive Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Bevorzugung der Schwerindustrie, die Unzulänglichkeiten des dirigistischen Planungssystems, die sich in Ineffizienz, Fehlallokation, im hohen Material- und Energieverbrauch und in der Behinderung von Innovation niederschlugen, kulminierten 1963 in einer Wachstumskrise. Um diese zu überwinden, verabschiedete die Regierung 1966 eine Wirtschaftsreform.

Auch auf geistig-kulturellem Gebiet gab es einen Aufbruch. Die offen gewordene Krise der stalinistischen Ideologie verstärkte die desintegrativen Tendenzen im Marxismus. In der Tschechoslowakei wurden nun auch verstärkt nichtmarxistische Denkströmungen (Existenzphilosophie, Strukturalismus, Psychoanalyse) sowie der westliche Marxismus (Frankfurter Schule, die Praxis-Gruppe, Antonio Gramsci) rezipiert, wodurch das marxistische Weltbild zunehmend polymorph wurde. Auch der Dialog mit dem Christentum wurde gesucht, die humanistische Tradition von Tomáš G. Masaryk und die Probleme der Moral und Ethik im Sozialismus neu aufgegriffen. Diese Öffnung korrespondierte mit der damals weltweiten Renaissance des Marxismus. Parallel wurden die starren ästhetischen Normen des sozialistischen Realismus im Bereich der bildenden Kunst, der Literatur, des Theaters und des Films unterlaufen und zersetzt. In fast all diesen Bereichen bedeuteten die sechziger Jahre ein »goldenes Jahrzehnt« der tschechischen und slowakischen Kultur. Mit der »Kafka-Konferenz« 1963 wurde der Partei ihr Anspruch streitig gemacht, im Bereich der Kunst und Literatur politische Vorgaben zu machen. Die Konflikte zwischen den Künstlern und den Parteibürokraten kulminierten auf dem IV. Tschechoslowakischen Schriftstellerkongreß 1967, bei dem es zu einem offenen Zusammenstoß mit dem Parteiapparat kam.<sup>3</sup>

Der Siegeszug elektronischer Geräte und die damit verbundene synchrone Verbreitung von Musik, Film und kulturellen Trends, des Geschmacks und der Mode und die Erfindung der Pille, die zur nachhaltigen Veränderung des Sexualverhaltens

**Alexander Dubček und Ludvík Svoboda im »Frühling« 1968. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).**

führte, lösten auch im Alltagsleben tiefgreifende Veränderungen aus. Sie förderten die blocküberschreitende Annäherung von Lebensstilen und die Entstehung einer Jugendkultur: Der Minirock, die Blue Jeans und die Beatles wurden zu Symbolen eines gleichzeitig erlebten Weltgeschehens. Jeweils war es auch ein moralischer Protest der ersten Nachkriegsgeneration gegen das eigene Establishment. Das Phänomen der Studentenproteste machte an der Grenze zu Osteuropa keinen Halt. Es gab jedoch keine vergleichbare antiautoritäre Revolte mit generationsspezifischen Zügen (»Trau keinem über dreißig«) wie in den westlichen Ländern. Die Studenten bildeten einen selbständigen Faktor der zivilgesellschaftlichen Bewegung. Ihr Protest 1967, am Vorabend des »Prager Frühlings«, gegen schlechte Wohnbedingungen, die mit dem bekannten Slogan »Wir wollen Licht!« politische Bedeutung gewonnen hat, steigerte die Kritik am alten Novotný-Regime.<sup>4</sup>

### Die slowakische Frage

Die Mißachtung nationaler Besonderheiten gehörte zum Charakter des kommunistischen Regimes. Die nationalen Aspirationen der Slowaken wurden trotz der Anerkennung des Grundsatzes der Gleichheit beider Nationen während der kommunistischen Herrschaft nicht eingelöst. Der Einfluß der Kommunisten in der Slowakei war schwächer als im tschechischen Landesteil. In den Wahlen 1946 erhielt die KP in der Slowakei nur 30,6 Prozent, die bürgerliche Demokratische Partei hingegen 62,5 Prozent. Die Machtübernahme durch die Kommunistische Partei wäre in der Slowakei ohne Hilfe aus Prag nicht möglich gewesen. Der Stalinismus und die Sowjetisierung des ganzen Landes, die das Ende jeglicher slowakischer Autonomie bedeuteten, wurden in der Slowakei häufig als eine neue Form des Prager Zentralismus empfunden. Die Schauprozesse gegen »slowakische bürgerliche Nationalisten« (Vladimír Clementis, Gustav Husák, Ladislav Novomeský)



noch ein Jahr nach dem Tod von Stalin symbolisierten das Fehlen der nationalen Partizipation. Obwohl die Slowakei während der kommunistischen Herrschaft den größten Modernisierungssprung in ihrer neueren Geschichte durchmachte, wurde die slowakische KP auf eine regionale Kraft reduziert. In der neuen Verfassung von 1960 wurden die Vollmachten des Slowakischen Nationalrates faktisch an die Ministerien in Prag übertragen. Die Liberalisierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fand in der slowakischen Frage keine Entsprechung. Dennoch gelang es dem seit 1963 an der Spitze der slowakischen KP stehenden Alexander Dubček, gegen die Absicht des Parteichefs Antonín Novotný eine Hausmacht aufzubauen. Er setzte sich für die Rehabilitation der verurteilten slowakischen Kommunisten ein und schuf in der Slowakei ein liberaleres Klima.<sup>5</sup>

Die inkonsequente Entstalinisierung und die sichtbaren Defizite in Politik und Wirtschaft trugen zur Bildung informeller Öffentlichkeiten und strategischer Gruppen innerhalb der Machtsphäre bei. Dieses kritische Potential bündelte sich gemeinsam mit der slowakischen nationalen Opposition zu einer Reformströmung in der Partei und

errang um die Jahreswende 1967/68 im Machtzentrum die Oberhand.

### **Der Reform- und Demokratisierungsprozeß**

Der »Prager Frühling« war ein dreifacher Prozeß: eine Selbsttransformation und Modernisierung der Machtsphäre, eine soziale Bewegung, die eine Demokratisierung des Landes anstrebte, und eine nationale Emanzipationsbewegung in der Slowakei. Er war nicht das Produkt einer plötzlichen wirtschaftlichen oder politischen Krise, sondern ein kumulatives Ergebnis. Ihm ging eine Desillusionierung großer Teile der kommunistischen Eliten über die Natur der Sowjetunion und des eigenen Regimes voran. Seine relativ geschlossene Reformprogrammatik, die günstigen wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen, die einsetzenden Entspannungsbemühungen zwischen Ost und West, vor allem sein systemverändernder, jedoch nicht systemsprengender Charakter schienen gute Voraussetzungen für eine Demokratisierung und eine Lockerung des Satellitenstatus des Landes sowie der starren Blockbeziehung in Europa zu bilden.

Die acht Monate des »Prager Frühlings« waren vom Ringen der Reformer mit den

konservativen Kräften in der Partei, von der Bildung einer unabhängigen Öffentlichkeit, von der entscheidende demokratische Impulse ausgingen, und von der sowjetischen Bedrohungskulisse geprägt.

Die programmatischen Dokumente des Reformprozesses, das »Aktionsprogramm der KPČ«<sup>6</sup> und das Regierungsprogramm vom April 1968 vermittelten das Bild eines umfassenden Umbaus des bestehenden Systems. Programmatisch strebten die Reformer eine Verknüpfung der zentralen Planung mit dem Markt an. Die Eindämmung der Schwerindustrie zugunsten innovativer Wirtschaftszweige und einer an den Bedürfnissen der Bürger orientierten Konsumindustrie war vorgesehen. In den Betrieben sollten Mitbestimmung und Selbstverwaltung der Beschäftigten eingeführt werden.

Die Reform des politischen Systems zielte auf eine Demokratisierung der Partei, des Staates und der Gesellschaft auf der Grundlage des Interessenpluralismus. Zwar sollte die führende Rolle der Kommunistischen Partei beibehalten, aber ihr bisheriger Dirigismus auf programmatische und konzeptionelle Aufgaben reduziert werden. Die Regierung sollte gegenüber der Parteiführung mehr Selbständigkeit erhalten und vom

Parlament kontrolliert werden. Der Staatssicherheitsdienst (StB) sollte nicht mehr in die Innenpolitik eingreifen und das Innenministerium vom Parlament kontrolliert werden.

Die »Nationale Front«, ein bewährter Transmissionsriemen der Partei, mit dem die nichtkommunistischen Parteien und alle gesellschaftlichen Verbände unter der Kontrolle der KP gehalten wurden, sollte erneuert und zum Ort eines Dialogs mit den Nichtkommunisten werden. Allerdings wollte man nichtkommunistische Parteien nicht sofort zulassen, und die Vorstellung, daß nichtkommunistische Parteien im Wahlkampf die Systemfrage stellen könnten, lag jenseits der reformkommunistischen Programmatik. Gewerkschaften, Berufs- und Interessenverbände sollten mehr Autonomie erhalten. In Verbindung mit dem Selbstverwaltungsprinzip sollten die Zivilgesellschaft gestärkt und die Interessengruppen direkter als über die Parteien ihre Interessen artikulieren und wahrnehmen können.

Das Prinzip der Gewaltenteilung wurde anerkannt, die Gerichte sollten von der politischen Macht unabhängig, die Stellung der Richter und Anwälte gestärkt werden. Die Vollmachten der Staatsanwaltschaft, die zugleich den Rechtsvollzug kontrollierte, sollten beschnitten und künftig durch die Schaffung eines Verfassungs- und Verwaltungsgerichts ersetzt werden. Öffentliche Diskussionen über die Humanisierung des Strafvollzugs und die Abschaffung der Todesstrafe wurden vom neuen Justizminister mit angestoßen. Einen zentralen Platz hatte die gesetzliche Rehabilitierung der Opfer politischer Verfolgung. Die Religionsfreiheit und die Rechte der nationalen Minderheiten – zum ersten Mal auch der deutschen – sollten gewährleistet werden. Eine Neufassung des Versammlungs- und Vereinigungsrechts sowie eines Wahlgesetzes wurden angekündigt. Die Universalität der Menschenrechte wurde anerkannt. Die Beziehungen zwischen den Tschechen und Slowaken mündeten in eine komplette Verfassungsreform und die Verwandlung des Staates in eine Föderation.

Die Abschaffung der Zensur ermöglichte die Existenz einer unabhängigen Öffentlichkeit, die zur Triebkraft der Demokratisierung wurde und die Wiedergeburt der Zivilgesellschaft ermöglichte.

Der noch nicht so sichtbare zivilisatorische Rückfall gegenüber dem Westen, der vorökologische Wachstums- und Technikfetischismus, bestärkte den Glauben an eine langfristige Konvergenz der Systeme in Ost

und West. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates im Westen und die Demokratisierung im Osten schienen diese Perspektive der Systemannäherung zu stützen. Ideologisch befand sich der Prager Frühling auf der Höhe des zeitgenössischen Irrtums. Die damaligen Reformvorstellungen gingen davon aus, daß durch die Verstaatlichung und soziale Umwälzung nach 1948 eine andere, »historisch« nicht mehr revidierbare, Gesellschaftsstruktur entstanden sei. Gerade weil sie es glaubten, trauten sich die Reformer auch, »mehr Demokratie zu wagen«.

### Außen- und Sicherheitspolitik

In der Außen- und Sicherheitspolitik erfolgte keine radikale Wende. Es wurde aber eine Reihe qualitativer Schritte unternommen, die zu einer Entideologisierung, Öffnung und Modifikation der tschechoslowakischen Außenpolitik führten. Im Warschauer Pakt und in der kommunistischen Weltbewegung strebten die Reformer eine gleichberechtigte Partnerschaft an. Gemäß dem Diktum »Einheit durch Vielfalt« des italienischen KP-Führers Palmiro Togliatti sollten sowohl die blockinternen als auch die internationalen Beziehungen unter den kommunistischen Parteien und Bewegungen pluralisiert werden. Die UN-Charta wurde zum integralen Bestandteil der Auffassung von Souveränität und Nichteinmischung auch unter den sozialistischen Staaten. Jedes Land sollte die »ausschließliche Verantwortung« für den Sozialismus im eigenen Land tragen – eine Formel, die das genaue Gegenteil zu der in Moskau, Ostberlin, Warschau und Sofia verkündeten Pflicht aller sozialistischen Staaten war, den Sozialismus in jedem Land kollektiv zu verteidigen, die später als *Brezněv-Doktrin* in die Geschichtsanalen eingehen sollte. Die Reformer strebten bessere Kontakte zu sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien an und waren bemüht, die bisherige Ausgrenzung Jugoslawiens zu überwinden.

Die Europapolitik bildete das Kernstück der neuen Außenpolitik. Kooperation statt Konfrontation war das Motiv der künftigen Beziehungen zwischen Ost- und West. Bessere Beziehungen zu den Nachbarn Bundesrepublik Deutschland und Österreich, die Schließung von Nichtangriffsabkommen mit einigen westeuropäischen Staaten oder Gewaltverzichtsabkommen mit potentiellen Gegnern (Bundesrepublik, Frankreich, Österreich) waren geplant. Ein Memorandum der Militärakademie in Prag rührte an einem weiteren Tabu. Darin hieß es, daß die Sicherheitsinteressen der Tschechoslowakei nicht mit der Militär-

doktrin der UdSSR in allen Punkten deckungsgleich seien. Mehr Eigenverantwortung im Warschauer Pakt, Kriegsverhütung, Abbau von Spannungen und Abrüstungsbemühungen galten als vorrangige Sicherheitsinteressen der Tschechoslowakei. Obwohl nur ein Positionspapier und kein Regierungsdokument, wurde klar, daß selbst eine als konservativ geltende und hierarchisch gegliederte Staatsorganisation wie die Armee vom Reformgeist erfaßt worden war.

In internationalen Konflikten wie dem Vietnam-Krieg blieb die offizielle Politik konform zur sowjetischen Haltung. Gegenüber der US-Administration unternahmen die Reformer keine Annäherungsversuche und hegten keine Hoffnungen auf westliche Hilfe im Falle eines Konfliktes mit der UdSSR.

### Die Machtsphäre

Die praktische Umsetzung der Reformvorhaben blieb allerdings weitgehend aus. Bis zur militärischen Intervention im August 1968 wurden nur zwei wichtige Gesetze – die Abschaffung der Zensur und das Rehabilitierungsgesetz – verabschiedet. Einige Gesetze wie die Einführung der Fünf-Tage-Woche, die Anhebung der Mindestrenten, die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs, die in ersten Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung ausgehandelte Anhebung der Reallohne wie auch die gewährte Freizügigkeit, die es den Bürgern nun erlaubte, fast ungehindert in das westliche Ausland zu reisen, zeugten davon, daß der Slogan vom »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« keine bloße Phrase war.

Die Machtstrukturen und die Partei blieben während der acht Monate weitgehend unverändert. Nur die höchsten Organe wurden teilweise umbesetzt. Selbst im Parteipräsidium verfügten die konservativen Mitglieder über eine nominelle Mehrheit. Zu keinem Zeitpunkt war die Parteispitze politisch homogen. Von den rund 250 000 Nomenklaturstellen wurden nur rund hundert führende Funktionäre ausgewechselt. Neue Gesichter gab es vor allem in den Kreis- und Bezirksausschüssen der KPČ nach den geheimen Wahlen im Juni und Juli 1968, bei denen 71 Prozent der Parteikader ausgetauscht wurden.<sup>7</sup> Die Parteiausschüsse wurden autonomer und begannen sich auch horizontal zu vernetzen. Sie bildeten ein Gegengewicht zu dem konservativ dominierten Zentralkomitee und erzwangen die Einberufung des außerordentlichen Parteitag der KPČ.



Der »Klub der engagierten Parteilos« am 1. Mai 1968. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

Die ungenügende machtpolitische Absicherung des Reformkurses ergab sich aus dem anfänglichen Bestreben nach einem Integrationskurs und aus der Ablehnung undemokratischer Mittel durch die Reformer. Erst der Parteitag sollte eine demokratische Erneuerung mit sich bringen. Nach parteiinternen Erhebungen unterstützten rund 80 Prozent der Parteimitglieder den offiziellen Parteikurs. Der allgemeine Demokrisierungstrend fand auch innerhalb der Parteistruktur Niederschlag. Neue Parteistatuten sahen die Aufhebung des Fraktionsverbots vor.

### Die Zivilgesellschaft

Die stärkste politische und moralische Hypothek des Regimes war die brutale Repres-

sion in den fünfziger Jahren. Die Auseinandersetzung mit dem Terror des Stalinismus (1948–1955) wurde ein zentrales Thema des »Prager Frühlings«. Die Bürgerinitiative der politischen Häftlinge, der Klub »K-231«, benannt nach dem berüchtigten Gesetz Nr. 231/1948 Sb., mit dem der politische Terror legalisiert worden war, zählte rund 100 000 Mitglieder und bot der Kommunistischen Partei den Dialog an. Da auch viele prominente Reformkommunisten zugleich politische Opfer der Schauprozesse gewesen waren, konnte in der Rehabilitierungsfrage eine gemeinsame Sprache gefunden werden. Eine Versöhnung schien im Gang zu sein, wenngleich zwischen den Kommunisten und ihren ehemaligen Opfern auch Mißtrauen herrschte.

Das Entstehen einer unabhängigen Öffentlichkeit förderte die Entfaltung von unabhängigen Initiativen. Der »Klub engagierter Parteilos« (*Klub angažovaných nestraníků*, KAN), ein Diskussionsforum der Nichtkommunisten, organisierte sich unter Bezug auf die Menschenrechte als eine eigenständige politische Kraft neben der KPČ. Im Geiste einer freiwilligen Selbstbeschränkung angesichts der sowjetischen Drohungen stellte diese Bürgerinitiative nicht die Systemfrage, sondern konzentrierte sich auf die Gleichstellung von Parteilos in der Gesellschaft. Für die Verankerung der Menschenrechte in der Verfassung setzte sich eine neugegründete *Gesellschaft für Menschenrechte* (*Společnost pro lidská práva*) ein, der auch führende Reformkommunisten angehörten. Eine Herausforderung für die Reformkommunisten stellte die Neugründung der Sozialdemokratie dar. Durch den äußeren Druck wurde diese politische Ausdifferenzierung eingedämmt. Auch die Blockparteien, die Volkssozialisten und die christlich orientierte Volkspartei erneuerten ihre Programmatik und rekrutierten neue Parteimitglieder. Die katholische »Bewegung der Konzilerneuerung« versuchte landesweit die Anstöße des II. Vatikanischen Konzils in die Praxis umzusetzen. In der Slowakei wurde die bisher verbotene griechisch-katholische Kirche zugelassen.

Die Gewerkschaften strebten nach Autonomie. In den Betrieben kam es zur Gründung von Arbeiter- und Beschäftigtenräten, die die Selbstverwaltung der Firmen und Unternehmen umsetzen wollten. Intellektuelle, Künstler und Journalisten bauten die formelle Autonomie ihrer Interessenverbände zu einer realen um. Das Organ des Schriftstellerverbandes *Literární noviny*, nach seinem zeitweiligen Verbot als *Literární listy* wieder erschienen, entwickelte sich mit einer Auflage von 130 000 Exemplaren zu einem selbständigen kulturpolitischen Faktor in der Gesellschaft. Zeitschriften wie der *Reportér* oder der *Student* wurden

zum Sprachrohr radikaler Kritik an den Halbheiten des reformkommunistischen Kurses. Selbst das Parteiorgan *Rudé právo* wollte nicht mehr nur die Stimme des Parteipräsidiums und des Zentralkomitees, sondern die der ganzen Partei sein. Der Rundfunk und das Fernsehen stellten sich von Anfang an hinter Dubčeks Reformkurs und wurden zu Medien der kritischen Öffentlichkeit.

Nicht Demokratisierung, sondern Demokratie lautete die Formel der radikal-demokratischen Kritik, die von so unterschiedlichen Intellektuellen wie dem marxistischen Philosophen Ivan Sviták oder dem nichtkommunistischen Dramatiker Václav Havel postuliert wurde. Der spektakulärste Ausdruck der unabhängigen Öffentlichkeit war das Manifest *Zweitausend Worte* vom Juni 1968, in dem namhafte Intellektuelle und Künstler die Bürger zu Zivilcourage, Selbstorganisation und zur Mobilisierung gegen eine drohende politische Restauration aufriefen. Der Reformkurs wurde begrüßt, die Kommunistische Partei hart kritisiert, aber zugleich boten die Signatäre angesichts der politischen Einmischung und Bedrohung von außen »unserer Regierung« an, »dass wir hinter ihr stehen, wenn nötig in Waffen, solange sie das tun wird, wofür wir ihr unser Mandat gegeben haben«.<sup>8</sup>

Da zu keiner Zeit des »Prager Frühlings« eine wirklich demokratische Vertretung der Bürger existierte, wurde hier eine Wunschvorstellung mit der Realität verwechselt. Die politische Hegemonie der aufgeklärten Reformkommunisten korrespondierte mit Meinungsmehrheiten in der Bevölkerung. Der Sozialismus wurde nicht hinterfragt, und die KPČ genoß trotz ihrer Vergangenheit ein recht hohes Ansehen. Im April 1968 vertrauten zwischen 42 bis 53 Prozent der KPČ, in Zeiten der unmittelbaren Bedrohung von außen stieg der Anteil bis auf 82 Prozent. Nur fünf Prozent der Bürger sprachen sich für die Wiederherstellung des Kapitalismus aus, 89 Prozent waren für die Fortsetzung der sozialistischen Entwicklung.<sup>9</sup>

### Die Slowakei

In der Slowakei entwickelte sich die Lage anders als im tschechischen Landesteil. Nach der Wahl des ersten Slowaken Alexander Dubček zum Parteichef übernahm der dogmatische Neostalinist Vasil Bil'ak die Führung der slowakischen KP, und es gelang ihm, den Reformprozeß abzubremsen. Das Programm der slowakischen KP wurde in konservativerem Geist verfaßt und profilierte sich national. Gustav Husák, ein Opfer

des politischen Feldzugs gegen den »slowakischen bürgerlichen Nationalismus« in den fünfziger Jahren, wurde als stellvertretender Regierungschef mit der Vorbereitung der Föderalisierung des Landes betraut. Diese sollte den fälligen nationalen Ausgleich zwischen den Tschechen und den Slowaken zu Wege bringen. Seine Biographie machte ihn zum natürlichen Sprecher der slowakischen Kommunisten. Die slowakische Seite drängte auf die Bildung einer paritätischen Föderation. Die nationale Souveränität sollte verfassungsrechtlich ebenso verankert werden wie ein Majorisierungsverbot durch die bevölkerungsreichere tschechische Nation. Die Föderation wurde zum 50. Geburtstag der Gründung der Tschechoslowakei am 28. Oktober 1968 ausgerufen.

Zuvor beherrschte eine zuweilen scholastische Debatte darüber, ob erst die Demokratisierung Voraussetzung für eine Föderalisierung schaffe oder umgekehrt, die tschecho-slowakische politische Diskussion. Die Entfremdung zwischen den tschechischen und slowakischen Intellektuellen wurde beim Verfassen des Manifests *Zweitausend Worte* deutlich. Es war eine rein tschechische Angelegenheit. Slowakische Nationalkommunisten kritisierten das Manifest, weil es in ihren Augen die Anarchie und politische Verantwortungslosigkeit förderte. Sie organisierten ein Gegenmanifest eines Teils der slowakischen Intellektuellen und Künstler, in dem der tschechische Paternalismus kritisiert und die volle nationale Gleichberechtigung der Slowaken unterstrichen wurden.<sup>10</sup>

Der tschecho-slowakische Dissens wurde durch die militärische Okkupation des Landes zeitweilig verdeckt. Die Woche des gesamt nationalen, zivilen Widerstandes gegen die Okkupation des Landes am 21. August 1968 war die »tschechoslowakischste« Woche in der Geschichte der gemeinsamen Staatlichkeit. Die nationale Auseinandersetzung brach im Herbst 1968 wieder auf, als es Husák gelang, mit nationalen Argumenten einen führenden Reformen, Josef Smrkovský, der dem Kreml ein politischer Dorn im Auge war, von seinem Posten zu verdrängen. Die Föderalisierung blieb am Ende die einzige Reform, die das Jahr 1968 überlebte. Allerdings wurde im Zuge der »Normalisierungspolitik« unter Husák eine formelle nationale Gleichheit innerhalb eines zentralistischen Unterdrückungsregimes und keine nationale Gleichberechtigung hergestellt.

### Intervention und Restauration

Der politische Realismus der Reformen bezog sich nur auf die innenpolitischen, aber nicht auf die außenpolitischen Faktoren. Die

sowjetische Sicherheitspolitik gegenüber ihren Satellitenländern war auf Systemidentität aufgebaut. Obwohl die Reformer die Blockloyalität ihrer Außenpolitik betonten und nicht einmal leise über die Möglichkeit einer Neutralität oder gar eines Austritts aus dem Warschauer Pakt nachdachten, wurde der »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« von den Partei- und Staatsführungen der »Bruderländer« als eine »schleichende Konterrevolution« klassifiziert und mit Gewalt gestoppt. Die realistische Einschätzung im Kreml, daß in der damaligen Tschechoslowakei der Systemwandel mit Hilfe der kommunistischen Partei nicht mehr zurückzudrehen sei, führte schließlich zur Militärintervention vom 21. August 1968.

Eine massive und prinzipielle Kritik am Reformkurs der Prager Führung hatte schon beim ersten Treffen der Parteispitzen unter Ausschluß Rumäniens in Dresden im März 1968 eingesetzt. Noch bevor der demokratische Durchbruch für die Öffentlichkeit sichtbar wurde und vor der Annahme des Aktionsprogrammes der KPČ, qualifizierten Leonid Brežnev, Władisław Gomułka, Todor Živkov und Walter Ulbricht die Entwicklung in der Tschechoslowakei als eine »Konterrevolution«. Es kam zur Bildung einer Anti-Reform-Allianz innerhalb des Warschauer Paktes, der fünf Länder – die Sowjetunion, die DDR, Polen, Bulgarien und Ungarn – angehörten. Rumänien wurde als Problemland ausgegrenzt. Seit Mai 1968 entwickelte diese Fünferkoalition eine planmäßige, konzertierte Restaurationsstrategie mit dem Ziel, die Dubček-Führung unter Druck zu setzen, die militärische Option vorzubereiten und die Suche nach einer kollaborationswilligen Gruppe innerhalb der KPČ-Führung zu forcieren. Der offene Bruch zwischen Prag und der Fünferkoalition Mitte Juli 1968 in Warschau leitete eine neue Phase der sowjetischen Eskalationspolitik ein. Die militärische Option rückte ins Zentrum der sowjetischen Restaurationsstrategie. Die bilateralen Verhandlungen in Čierna und das anschließende Kollektivtreffen in Bratislava Anfang August 1968, auf dem die »gemeinsame Pflicht« der versammelten Länder, »den Sozialismus zu verteidigen«, verkündet wurde, waren die letzten Versuche der Anti-Reformallianz, die Systemreform durch Druck auf die tschechoslowakische Führung zu stoppen. Als nach diesem Treffen eine solche radikale Wende ausblieb, faßte das Politbüro der KPdSU am 17. August den Beschluß, in der Tschechoslowakei militärisch zu intervenieren. Der ursprüngliche Plan eines quasi-legalen, von der konservativen





Eine Versammlung des »Klub 231« (»Klub politischer Häftlinge«). Die Proponenten forderten die Untersuchung des Todes von Jan Masaryk 1948. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

Mehrheit der Parteiführung und des Zentralkomitees der KPC ausgeführten Machtumsturzes und einer anschließenden Legalisierung der »brüderlichen Hilfe« scheiterte am zivilen und institutionellen Widerstand in der ČSSR.

Der zivile Widerstand im August 1968 war eine der erfolgreichsten zivilen Widerstandsaktionen des 20. Jahrhunderts. Der gesamt nationale aktive und gewaltfreie Widerstand hatte die militärische Besatzung in die Sackgasse geführt. Die militärische Okkupation stieß zunächst ins Leere. Die Panzer und Divisionen standen im Land, doch das Militär hatte nicht einmal die Hoheit über die Massenmedien errungen. Die Truppen wurden ignoriert. Die Konterrevolution war überall und nirgendwo. Nur die Kommunistische Partei berief in Prag den Parteitag ein. Die Arbeiter schützten sie vor dem Zugriff der Bruderparteien. Die ČSSR war ein besetztes Land ohne ein Okkupationsregime. Polens Parteichef Gomułka brachte es auf den Punkt: *»Wir haben sie mit der Intervention überrascht, und sie haben uns mit ihrem Widerstand überrascht.«*<sup>11</sup> Zum ersten Mal in der Geschichte der sowjetischen Militärinterventionen und »brüderlichen Hilfen« scheiterte die Legitimierung der Aggression. Allein die Demaskierung der Sowjetunion vor der Weltöffentlichkeit hatte historische Bedeutung. Die politische Planung der Intervention war gescheitert, die Intervention war in eine Sackgasse geraten.

Zum Prager Frühling gehört auch sein Ende. Es begann mit der Unterschrift der Reformer unter das Moskauer Diktat, das erpreßt worden war und an die Erfahrung der politischen Schauprozesse in den fünfziger Jahren erinnerte. Mit der Ausnahme von František Kriegel unterschrieben die Reformer in Moskau ihr »Geständnis«. Sie kehr-

ten heim, ließen sich feiern und erklärten, sie hätten die Reformschubkraft in Moskau retten können. Die prosovjetschen Kollaborateure behielten ihre Posten, die meisten Reformer ebenfalls, die Presse blieb vorerst unzensuriert, und im Lande herrschte noch keine Angst. Die Illusionen wuchsen, und die Verehrung der Reformer erreichte ihren Höhepunkt erst nach der Intervention. Ein ganzes Jahr lang dauerte die von den reformkommunistischen Idolen betriebene Autorestauration. Nachdem sie zuerst durch ihre Unterschrift in Moskau die militärische Okkupation des Landes legalisiert hatten, verwandelten die Reformer nach ihrer Rückkehr den Charakter des Konfliktes. Standen sich in den Augusttagen eine militärische Okkupationsmacht und eine nahezu geschlossene Front des gesamt nationalen Widerstandes gegenüber, so befanden sich nun viele Menschen in der tschechoslowakischen Bevölkerung in einem Konflikt zwischen der Loyalität zur eigenen Reformführung und der Verteidigung der erreichten Freiheiten. Die erpreßten Reformer baten bei jeder Krise und jeder weiteren Einschränkung demokratischer Freiheiten die Bevölkerung um Unterstützung, um ein »Blutbad« zu verhindern. Das war *de facto* ein Demobilisierungs- und Demoralisierungsprogramm für die ganze Nation. Die Niederlage des Prager Frühlings kam nicht plötzlich, sondern scheibchenweise, und ihren schwierigsten Teil erledigten die Reformer selbst.

Die personelle Erneuerung war 1968 nicht weit vorangeschritten. In den höchsten Machtorganen, dem Zentralkomitee und dem Parteipräsidium, hatten konservative Parteimitglieder bis zur August-Intervention nominell die Mehrheit inne. Das erklärt die gleitenden Übergänge in die poli-

tische Restauration 1968/69, die fast kampflos verliefen. Jede Entwicklungsphase fand ihre personelle Repräsentation aus den Reihen derselben Kommunistischen Partei. Dies war demoralisierender, als es ein verlorener Kampf gewesen wäre. Die Enttäuschung über die Haltung der politischen Klasse, welche die Opferbereitschaft der Bürger ausgeschlagen hatte, mündete in die Verzweiflungstat des Studenten Jan Palach, der sich aus Protest gegen die unwürdige Selbstdestruktion der Reformer auf dem Wenzelsplatz in Prag verbrannte.<sup>12</sup> Das beschämende Zeugnis der Zersetzung reformkommunistischer politischer Substanz stellten die sogenannten »Knüppelgesetze« am ersten Jahrestag der Okkupation des Landes dar, die einem vorübergehenden Kriegsrecht in Kleinformat gleichkamen. Diese Sondergesetze, die es möglich machten, daß Demonstranten im Schnellverfahren verurteilt wurden, hatten drei Idole des Prager Frühlings, Svoboda, Černík und Dubček, unterzeichnet. Von nun an richteten sich die großen Massenproteste nicht mehr gegen den äußeren Aggressor, sondern gegen das eigene Regime. Die größten Massenproteste seit der kommunistischen Machtergreifung, bei denen es fünf Tote und Hunderte von Verletzten gab, ließen den »zweiten August« 1969 zum Symbol der Autorestauration werden.

Resignation, Zynismus, Emigration, Flucht ins Private und äußere Kollaboration mit dem Regime prägten die folgenden zwanzig Jahre des Husák-Regimes. Dieses war neostalinistisch, repressiv und primitiv. Mit seinen Repressionen verwandelte es das Land in eine Kulturwüste. Alle Reformgedanken wurden aus der Partei verbannt. Im Unterschied zu den Nachbarländern blieb die Tschechoslowakei einem Museum des Kommunismus, in dem Václav Havel noch 1989 im Gefängnis saß.

### Der Streit um das Erbe des »Prager Frühlings«

Der »Prager Frühling« 1968 ist nach dem Zusammenbruch des Kommunismus



1989 zu einem umstrittenen Schlüsselereignis der modernen Geschichte der Tschechen und Slowaken geworden. Hatte die Umrangung von Václav Havel und Alexander Dubček während der »samtenen Revolution« 1989 für kurze Zeit den Anschein erweckt, als würden der demokratische Durchbruch von 1968 und der historische Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa zwei Fluchtpunkte eines einheitlichen Freiheitskampfes bilden, geriet der »Prager Frühling« bald in den Strudel politischer Instrumentalisierung.

In Tschechien begegneten nach 1989 Teile der neuen politischen Eliten und Meinungsführer in den Medien dem »Prager Frühling« mit Verachtung. Während in Europa die Niederschlagung des Prager Frühlings als eine nationale, tschechoslowakische Tragödie betrachtet wird, hörte man nach 1989 aus Tschechien Stimmen, die im Prager Frühling vor allem einen Kampf der kommunistischen Fraktionen untereinander sahen. Alexander Dubček, zu seinen Lebzeiten fast in der ganzen Welt als Symbol des Freiheitswillens gefeiert, mit Auszeichnungen in Europa und den USA in einem Atemzug mit Nelson Mandela genannt, als Kämpfer für Menschenrechte

und Vorkämpfer der friedlichen Revolutionen von 1989 geehrt, wurde in Tschechien zu Beginn der neunziger Jahre vom Parlamentsvorsitzenden Milan Uhde mit einem menschlich netten »Straflageraufseher« verglichen.<sup>13</sup> Jüngere Journalisten meinten, nur noch Historiker würden sich für die blutigen und unblutigen ideellen Streitigkeiten, die Hitler, Goebbels, Strasser oder Trockij, Stalin, Dubček und Tito untereinander geführt hatten, interessieren.<sup>14</sup> Etwas differenziertere Stimmen konzedieren den damaligen Reformern Bemühungen um mehr Menschlichkeit, bescheinigen ihnen zugleich eine illusorische, inkonsistente und schwächliche Politik, nach dem August 1968 sogar Verrat nationaler Interessen. Die Hauptbedeutung des »Prager Frühlings« erblicken sie in seinem Scheitern, weil damit endgültig sowohl die Illusion der Reformierbarkeit des kommunistischen Systems als auch die Utopie eines dritten Weges zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus begraben worden sei.

Mit dem provokativen Bonmot von Václav Klaus: »*Alle dritten Wege in der Wirtschaft führten in die dritte Welt.*«<sup>15</sup> wurde gegen das Erbe von 1968 und gegen sozialdemokratische Transformationskonzepte zu

Felde gezogen. Eine weitere Delegitimierung des »Prager Frühlings« vollzog sich im Zuge der rechtlichen Auseinandersetzung mit dem Erbe der kommunistischen Diktatur. Im sogenannten Lustrationsgesetz von 1991, im »Gesetz über den verbrecherischen und rechtswidrigen Charakter des kommunistischen Regimes« aus dem Jahr 1993 und dem »Gesetz zur Errichtung des nationalen Instituts für das Studium totalitärer Regime« von 2007 wurde der Reformkommunismus endgültig zu einem Teil des totalitären Systems erklärt. Es ist verständlich und legitim, wenn ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes und höhere Parteifunktionäre vom Staatsdienst ferngehalten werden. Weniger einsichtig ist es, daß Alexander Dubček nach dem Lustrationsgesetz nicht einmal Botschafter in der Türkei, wohin ihn einst das Husák-Regime nach seiner Entmachtung im Jahr 1969 in Verbannung geschickt hatte, werden durfte.

Bekannte Intellektuelle von 1968 wie Karel Kosík, Jiří Pelikán oder Eduard Goldstücker bescheinigten dem neuen liberal-konservativen Establishment im Gegenzug, es verhalte sich dem Prager Frühling gegenüber nicht anders, als das Husák-Regime es seinerzeit getan habe. Der Prager



**Die Staats- und Regierungsspitze 1968 (von links nach rechts): František Kriegel, Josef Smrkovský, Ludvík Svoboda und Alexander Dubček. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).**

Frühling sei zweimal, nach 1968 und nach 1989, von den jeweiligen politischen Macht-habern »begraben worden«.<sup>16</sup>

Die zeitweilige Verachtung, mit der Vertreter eines reflektierten Antikommunismus und Teile der tschechischen Öffentlichkeit nach 1989 den Prager Frühling behandelten, ist sicher vor allem auf die unrühmliche Rolle der Reformkommunisten bei der politischen Restauration des Landes zurückzuführen. Die tschechische Bevölkerung sieht den Prager Frühling im Unterschied zu seinen neoliberalen Kritikern mehrheitlich als den Versuch einer Erneuerung der Demokratie (47 Prozent) und weniger als einen Kampf zwischen verschiedenen kommunistischen Fraktionen innerhalb der KPČ (21 Prozent). Drei Viertel der Befragten betrachteten den Reform- und Demokratisierungsprozeß als eine Angelegenheit der Mehrheit der Nation.<sup>17</sup> In der Slowakei gibt es ohnehin eine positivere Einstellung zum Erbe der Reformen 1968. Alexander Dubček gehört dort als der weltweit bekannteste Slowake längst ins nationale Pantheon. Parteiübergreifend wurde nach 1989 seine politische Autorität anerkannt, wenngleich sein machtpolitischer Einfluß in der Slowakei bescheiden blieb.

Differenziertere Urteile und die Einkehr des argumentativen Stils im Streit um das Erbe des »Prager Frühlings« sind unverkennbar. In den Öffentlichkeit wird er als ein gesamtgesellschaftlicher demokratischer Aufbruch und als originär tschechischer und slowakischer Beitrag zur Überwindung des sowjetischen Herrschaftssystems und der europäischen Spaltung betrachtet.

## Fazit

Trotz der Halbheiten des reformkommunistischen Konzepts des Interessenpluralismus kam eine Rationalisierung von Interessenkonflikten im Gang. Die kommunistische Partei war dabei, sich von einer Machtstruktur in ein politisches Phänomen zurückzuverwandeln. Die Grundelemente des

Rechtsstaates, die Gewährleistung elementarer Menschenrechte, die Herstellung der Grundlagen für die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit führten trotz der Beibehaltung des Führungsanspruchs der Kommunistischen Partei in ihrer Logik zu einer Transformation des Systems. Dabei waren Konflikte zwischen der Kommunistischen Partei und der Gesellschaft nicht nur möglich, sondern sehr wahrscheinlich. Dubček lehnte es jedoch ab, Gewalt bei innenpolitischen Konflikten anzuwenden. Die Reformer fanden einen realistischen politischen und institutionellen Übergang zur gesamtgesellschaftlichen Veränderung. Sie wollten das System reformieren, modernisieren und demokratisieren, nicht jedoch sprengen. Eine Spaltung der Gesellschaft entlang der Linie der Parteizugehörigkeit war in den sechziger Jahren für gesellschaftliche Konflikte nicht mehr entscheidend und schwächte sich 1968 weiter ab. Normative Einstellungen zwischen Parteimitgliedern und Nichtkommunisten wichen in so grundsätzlichen Fragen wie der Notwendigkeit des Parteienpluralismus kaum voneinander ab. 90 Prozent der Bevölkerung und der Parteimitglieder sprachen sich dafür aus. Die in Gang gesetzte Pluralisierung und Demokratisierung lief auf eine Systemtransformation hinaus, die weit über die ursprünglichen Ziele der Reformer reichte und ohne Gewalt nicht mehr zu stoppen gewesen war.

Der Prager Frühling veränderte nachhaltig den öffentlichen Gebrauch der Sprache. Der »Gänsemarsch der Phrasen« (Ernst Bloch) wurde von nicht vorbereiteter freier Rede abgelöst. Das Gewissen und die individuelle Verantwortung wurden zentrale Kategorien des zeitgenössischen Diskurses. Den Primat der Lebenswelt vor der Ideologie hatte gleich zu Beginn des Reformprozesses der Schriftsteller Ludvík Vaculík auf die Formel gebracht, der Kommunismus habe nach zwanzig Jahren »keine einzige menschliche Frage gelöst«.<sup>18</sup> Gerade darin äußerte sich das »menschliche Antlitz« des Freiheitsaufbruchs von 1968.

Die historische Bedeutung des Prager Frühlings liegt in der demokratischen Subversivität des Reform- und Transformationsprozesses, in dem der historische Beweis für die Möglichkeit einer friedlichen Überwindung der kommunistischen Diktatur erbracht worden ist.

Seine gesamteuropäische Bedeutung scheint mir darin zu liegen, daß die Wieder-gewinnung demokratischer Freiheiten nicht nur den kürzesten Weg zur friedlichen Überwindung der sowjetkommunistischen

Diktatur, sondern auch zur Überwindung der europäischen Spaltung aufgezeigt hat. Die Metapher der »Rückkehr nach Europa« wurde schon 1968 von tschechischen Intellektuellen geprägt. In diesem Sinn war der Prager Frühling ein Vorläufer der friedlichen Revolutionen von 1989.

## Anmerkungen

\* Der Beitrag ist eine bearbeitete Fassung von: Jan Pauer, Der Prager Frühling 1968, *Osteuropa*, Juli 2008.

1. Karel Kaplan, *Der kurze Marsch: Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945–1948*, München 1981.
2. Zdeněk Mlynář, *Nachtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus*, Köln u. a. 1978, 99 ff.
3. *Reden zum IV. Kongress des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes, Prag, Juni 1967*, Frankfurt/Main 1969.
4. Milan Otáhal, *Studenti a komunistická moc v českých zemích 1968–1989*, Praha 2003.
5. Alexander Dubček, *Leben für die Freiheit*, München 1993.
6. Deutsch auszugsweise in Hanswilhelm Haefs (Hg.), *Die Ereignisse in der Tschechoslowakei vom 27.6.1967 bis 18.10.1968. Ein dokumentarischer Bericht*, Bonn u. a. 1969, 70–78.
7. Zdeněk Hejzlar, *Der Reformkommunismus. Zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei*, Köln/Frankfurt a. M. 1976, 174.
8. Josef Škvorecký (Hg.), *Nachrichten aus der ČSSR. Dokumentation der Wochenzeitung »Literární listy« des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes Prag, Februar–August 1968*, Frankfurt a. M. 1968, 177.
9. Jaroslav A. Piekalkiewicz, *Public Opinion Polling in Czechoslovakia, 1968–69. Results and Analysis of Surveys Conducted During the Dubček Era*, New York/Washington/London 1972, 4.
10. Slovo čechom aj Slovákom súcím na slovo (Ein Wort an die Tschechen und Slowaken, die auf das Wort hören), *Nové slovo*, 1.8.1968.
11. Jan Pauer, *Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe, Planung, Durchführung*, Bremen 1995, 259.
12. Jiří Lederer, *Jan Palach. Ein biographischer Bericht*, Zürich 1982.
13. Milan Uhde, *Zločinný stát – skutečnost, nebo mýtus?*, *Rudé právo*, 18.6.1996.
14. Karel Steigerwald, *Strážci světél památky, Lidové noviny*, 9.8.1995.
15. Václav Klaus, *O tvář ztírka*, Praha 1991, 171.
16. Karel Kosík, *Pražské jaro, »konec dějin« a šaušpíler, Předpotopní úvahy*, Praha 1997, 106. – Die gleichen Worte gebrauchte auch Jiří Pelikán, *Druhý pohřeb pražského jara, Rudé právo*, 21.8.1993.
17. Institut pro výzkum veřejného mínění, IVVM 93–09 (4.–8.9.1993).
18. Reden zum IV. Kongress (Anm. 3), 126.

Dr. Jan Pauer, Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen, Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen, pauer@osteuropa.uni-bremen.de